ÜBERSETZUNG

STAATSRAT
Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 64.762/3
vom 2. Januar 2019

über

einen Vorentwurf eines Dekretes der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom … zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zurverfügungstellung der Radiofrequenzen im Band 87,5-108 MHz‘

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡

Am 21. November 2018 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von der Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekretes der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom … zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zurverfügungstellung der Radiofrequenzen im Band 87,5-108 MHz‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der dritten Kammer am 11. Dezember 2018 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Jo BAERT, Kammerpräsident, Jeroen VAN NIEUWENHOVE und Peter SOURBRON, Staatsräte, und Annemie GOOSSENS, Greffier.

Der Bericht wurde von Tim CORTHAUT, Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 2. Januar 2019 abgegeben.

*

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡

1. Unter Anwendung von Artikel 84 § 3 Absatz 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, hat sich die Gesetzgebungsabteilung hauptsächlich darauf konzentriert, die Befugnis des erlassenden Organs, die Rechtsgrundlage[1] sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

*

TRAGWEITE DES VORENTWURFS

2. Der zur Begutachtung vorgelegte Dekretvorentwurf zielt darauf ab, für die Deutschsprachige Gemeinschaft das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚über die Zurverfügungstellung der Radiofrequenzen im Band 87,5-108 MHz' zu billigen. Mit diesem Abkommen stellt jede Gemeinschaft einige ihrer Radiofrequenzen zur Verfügung der anderen Gemeinschaft.

Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens beschreibt diese gegenseitige Verpflichtung, indem bestimmt wird, dass diese Radiofrequenzen in der Zuständigkeit der Gemeinschaft bleiben, die sie zur Verfügung stellt, und dass der anderen Gemeinschaft ein Nutzungsrecht dieser Frequenzen eingeräumt wird. Jede durch das Abkommen gebundene Gemeinschaft verpflichtet sich dazu, die Radiofrequenzen, welche sie der anderen Gemeinschaft zur Verfügung stellt, aufgrund der technischen Eigenschaften, wie sie in den Anhängen des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚über die Koordinierung von Frequenzen im Rundfunkbereich im 87,5-108 MHz-Band gemäß Artikel 17 des Gesetzes vom 13. Juni 2005 über die elektronische Kommunikation'[2] definiert sind, maximal zu schützen. Es wird weiter präzisiert, dass die zuständige Gemeinschaft die technischen Eigenschaften der zur Verfügung gestellten Radiofrequenzen nur im vorherigen Einverständnis mit der Gemeinschaft, der diese Radiofrequenzen zur Verfügung gestellt werden, ändern kann, und dass diese letzte Gemeinschaft Änderungen an den technischen Eigenschaften der zur Verfügung gestellten Radiofrequenzen nur nach Absprache mit der zuständigen Gemeinschaft anbringen darf.

Artikel 2 enthält eine Aufzählung der Radiofrequenzen, deren vollständige Nutzung der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Französischen Gemeinschaft eingeräumt wird (Lüttich 91,0 MHz und Namur 97,7 MHz). Artikel 3 enthält eine Aufzählung der Radiofrequenzen, deren vollständige Nutzung der Französischen Gemeinschaft von der

[1] Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage" die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

[2] Letztgenanntes Zusammenarbeitsabkommen ist noch nicht in Kraft getreten. Am 14. September 2018 und am 18. September 2018 wurden der Gesetzgebungsabteilung drei Begutachtungsanträge über einen Dekretvorentwurf der Deutschsprachigen Gemeinschaft (64.267/3), einen Dekretvorentwurf der Flämischen Gemeinschaft (64.270/3) bzw. einen Dekretvorentwurf der Französischen Gemeinschaft (64.285/4) vorgelegt, die alle drei darauf abzielen, das Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚über die Koordinierung von Frequenzen im Rundfunkbereich im 87,5-108 MHz-Band gemäß Artikel 17 des Gesetzes vom 13. Juni 2005 über die elektronische Kommunikation' zu billigen. Dieses Abkommen, wie es in den verschiedenen Akten zu den Begutachtungsanträgen vorkommt, wurde von allen Parteien, einschließlich der Föderalbehörde, unterzeichnet.

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡

Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeräumt wird (Eupen 87,6 MHz, Bütgenbach Ruhrhof 105,2 MHz, Sankt Vith 87,9 MHz und Bütgenbach 94,4 MHz). In jedem dieser beiden Artikel wird bestimmt, dass die technischen Eigenschaften dieser Frequenzen in den Anhängen des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Koordinierung von Frequenzen im Rundfunkbereich im 87,5-108 MHz-Band gemäß Artikel 17 des Gesetzes vom 13. Juni 2005 über die elektronische Kommunikation definiert sind.

Artikel 4 bestimmt, dass die in den Artikeln 2 und 3 beschriebenen Zurverfügungstellungen für einen unbestimmten Zeitraum eingeräumt werden und nur im Einverständnis mit beiden Parteien beendet werden können.

Artikel 5 betrifft die Aufhebung des besonderen Zusammenarbeitsabkommens vom 20. Oktober 2009 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚im Bereich der Funkfrequenzen im UKW-Band'.

Artikel 6 regelt das Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens.

ZUSTÄNDIGKEIT DES VERFASSERS DES VORENTWURFS

3.1. Aus Artikel 4 Nr. 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen' und aus Artikel 4 § 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 ‚über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft' ergibt sich, dass die Französische Gemeinschaft und die Deutschsprachige Gemeinschaft zuständig sind, um „die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste mit Ausnahme der Übertragung von Mitteilungen der Föderalregierung" zu regeln. Diese Zuständigkeit umfasst die Zuständigkeit, die Frequenzen im Rundfunkbereich im 87,5-108 MHz-Band zu erteilen[3].

3.2. Im Gutachten Nr. 63.949/VR/V vom 31. Juli 2018 über einen Vorentwurf einer Ordonnanz ‚houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 20 november 2017 tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen' hat die Gesetzgebungsabteilung Folgendes bemerkt:

> „Zoals uit de rechtspraak van het Grondwettelijk Hof en de adviespraktijk van de Raad van State, afdeling Wetgeving, voortvloeit, is het essentieel bij het sluiten van een samenwerkingsakkoord dat eigen bevoegdheden van de betrokken partijen samen worden uitgeoefend, wat een inbreng van elke bij het desbetreffende samenwerkingsakkoord betrokken partij veronderstelt; het sluiten van een samenwerkingsakkoord mag er niet toe leiden dat de federale staat, een gemeenschap of een gewest zich ontdoet van de uitoefening van een bevoegdheid die hem of haar bij of krachtens de Grondwet is toegewezen, of omgekeerd, zich een bevoegdheid toe-eigent die hem of haar niet

[3] Hinsichtlich der Zuständigkeit der Gemeinschaften, unter Beachtung der föderalen technischen Normen die für die Angelegenheit des Rundfunks spezifischen technischen Aspekte zu regeln und die Frequenzen zu erteilen, siehe u.a. Verfassungsgerichtshof, 25. Januar 1990, Nr. 7/90, 2.B.3; Verfassungsgerichtshof, 7. Februar 1991, Nr. 1/91, B.5; Verfassungsgerichtshof, 23. Juni 2011, Nr. 112/2011, B.3.2.

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡

toekomt.[4] Een samenwerkingsakkoord mag geen uitwisseling, afstand of teruggave van bevoegdheden inhouden noch inhouden dat op andermans bevoegdheidsterrein wordt getreden.[5] De partijen bij een samenwerkingsakkoord kunnen weliswaar beslissen om hun bevoegdheden gezamenlijk uit te oefenen, maar ze kunnen die niet opgeven[6].“[7]

3.3. Im vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen beschränkt sich jede der beiden vertragsunterzeichnenden Gemeinschaften darauf, der anderen Gemeinschaft die vollständige Nutzung einiger ihrer Radiofrequenzen zu gewähren, insofern im Abkommen ausdrücklich bestimmt wird, dass diese Radiofrequenzen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft, die sie zur Verfügung stellt, bleiben.

Somit bringt das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen keine Abtretung von Befugnissen seitens der Vertragsparteien mit sich.

VORHERGEHENDE FORMVORSCHRIFTEN

4.1. Der Verfassungsgerichtshof hat bereits mehrmals festgestellt, dass die Zuständigkeiten des Föderalstaates und der Gemeinschaften auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikationsinfrastruktur infolge der technologischen Entwicklung mittlerweile jedoch derart miteinander verflochten sind, dass sie nur noch in gemeinsamer Zusammenarbeit ausgeübt werden können[8] und dass die gemeinsame Infrastruktur der elektronischen Übertragung für Rundfunk und Fernsehen sowie für Telekommunikation in Zusammenarbeit zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften geregelt werden muss, um zu erreichen, dass die

---

[4] *Fußnote 13 aus dem zitierten Gutachten*: Zie advies 50.764/VR, gegeven op 12 januari 2012 over een voorontwerp van ordonnantie ‘houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen het Brusselse Hoofdstedelijke Gewest en de Vlaamse Gemeenschapscommissie betreffende de financiering van het aanbod van beroepsopleidingen voor werkzoekenden op het grondgebied van het Brussel Hoofdstedelijk Gewest’, opmerking 2.1, http://www.raadvstconsetat.be/dbx/adviezen/50764.pdf.

[5] *Fußnote 14 aus dem zitierten Gutachten:* Zie bijvoorbeeld GwH 3 maart 1994, nr. 17/94, B.5.3; advies 45.614/AV, gegeven op 13 januari 2009 over een voorontwerp dat heeft geleid tot het decreet van de Vlaamse overheid van 11 december 2009 ‘houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, het Vlaamse Gewest en het Waalse Gewest met betrekking tot de implementatie van de bedrijfstoeslagregeling’, opmerking 2.2.2, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/adviezen/45614.pdf; advies 52.324/AV, gegeven op 4 januari 2013 over een voorontwerp dat heeft geleid tot het decreet van het Waals Gewest van 11 april 2014 ‘portant assentiment à l’accord de coopération conclu le 21 novembre 2013 entre la Région wallonne et la Communauté Française relatif aux articles 42 et 44 de la Convention internationale des droits de l’enfant’, *Parl.St. W.Parl.* 2013-14, nr. 1024/1, 4-9, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/adviezen/52324.pdf en advies 52.325/AG, gegeven op 14 januari 2013 over een voorontwerp dat heeft geleid tot het decreet van de Franse Gemeenschap van 27 februari 2014 ‘portant assentiment à l’accord de coopération conclu le 21 novembre 2013 entre la Région wallonne et la Communauté Française relatif aux articles 42 et 44 de la Convention internationale des droits de l’enfant’, *Parl.St. Fr.Parl.* 2013-14, nr. 607/1, 8-20, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/adviezen/52325.pdf, opmerking 3.

[6] *Fußnote 15 aus dem zitierten Gutachten*: Zie advies 52.806/VR, gegeven op 19 maart 2013 over een voorontwerp van ordonnantie ‘houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en het Brussels Hoofdstedelijk Gewest betreffende de sociale bijstand aan gezinnen in het kader van de liberalisering van de elektriciteits- en gasmarkten’, punt 3, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/adviezen/52806.pdf.

[7] Punkt 4.4 aus dem zitierten Gutachten.

[8] Verfassungsgerichtshof, 14. Juli 2004, Nr. 132/2004, B.6.2.

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡

Obrigkeiten ihre jeweiligen Normen aufeinander abstimmen, und um zu vermeiden, dass diese Infrastruktur widersprüchlichen Bestimmungen unterliegt[9].

Infolge dieser Feststellungen bestimmt Artikel 9 des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. November 2006 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚zur gegenseitigen Konsultation bei der Ausarbeitung der Gesetzgebung über elektronische Kommunikationsnetze, zum Informationsaustausch und zur Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der elektronischen Kommunikationsnetze durch die Regulierungsbehörden für Telekommunikation beziehungsweise Rundfunk und Fernsehen' Folgendes:

> „Es wird ein Interministerielles Komitee für Telekommunikation, Rundfunk und Fernsehen geschaffen.
>
> Dieses Komitee setzt sich zusammen aus:
>
> 1° dem (den) Minister(n), der (die) durch den Föderalstaat benannt wird/werden;
>
> 2° dem (den) Minister(n), der (die) durch die Flämische Gemeinschaft benannt wird/werden;
>
> 3° dem (den) Minister(n), der (die) durch die Französische Gemeinschaft benannt wird/werden;
>
> 4° dem (den) Minister(n), der (die) durch die Deutschsprachige Gemeinschaft benannt wird/werden.
>
> Das Interministerielle Komitee für Telekommunikation, Rundfunk und Fernsehen hat zur Aufgabe, in Konzertierung und unter Beachtung der Zuständigkeit eines jeden, gemäß den im Konzertierungsausschuss festgelegten Modalitäten und Verfahren, die gegenseitige Konsultation über die jeweiligen Initiativen in Bezug auf die Ausarbeitung eines Gesetzgebungsentwurfs für Rundfunk und Telekommunikation zu organisieren".

Aus dem der Gesetzgebungsabteilung übermittelten Dossier geht nicht hervor, dass die in dieser Bestimmung vorgesehene gegenseitige Konsultation im vorliegenden Fall stattgefunden hat.

4.2. Die Artikel 6 und 7 des Gesetzes vom 16. Juli 1973 ‚zur Gewährleistung des Schutzes der ideologischen und weltanschaulichen Strömungen' lauten wie folgt:

> „Art. 6. Behörden müssen in die Ausarbeitung und die Umsetzung ihrer Kulturpolitik alle anerkannten repräsentativen Organisationen und alle ideologischen und weltanschaulichen Strömungen einbeziehen.
>
> Zu diesem Zweck greifen sie im Hinblick auf Beratung und Konzertierung auf bereits bestehende oder noch zu schaffende geeignete Organe und Strukturen zurück.
>
> Art. 7. Diese Beratungsorgane setzen sich so zusammen, dass die Vertretung der ideologischen und weltanschaulichen Strömungen sowie der Nutzerzusammenschlüsse gewährleistet ist und eine ungerechtfertigte Vormachtstellung einer Strömung oder einer Gruppe von Nutzerzusammenschlüssen, die sich derselben Strömung als zugehörig betrachten, vermieden wird.

[9] Verfassungsgerichtshof, 13. Juli 2005, Nr. 128/2005, B.6.3; Verfassungsgerichtshof, 8. November 2006, Nr. 163/2006, B.4.

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡

Den Stellungnahmen, die der Behörde übermittelt werden, können Minderheitsnotizen beigefügt werden“.

Aus dem oben übernommenen Artikel 6 geht hervor, dass die Behörden in die Ausarbeitung ihrer Kulturpolitik alle anerkannten repräsentativen Organisationen und alle ideologischen und weltanschaulichen Strömungen einbeziehen müssen, und gegebenenfalls zu diesem Zweck die entsprechenden Organe schaffen müssen.

Zudem, wie die Gesetzgebungsabteilung bereits oft daran erinnert hat, folgt aus diesen selben Bestimmungen, dass die beratenden Instanzen, die auf dem Gebiet der kulturellen Angelegenheiten geschaffen werden, als Instanzen mit einer verbindlichen Begutachtungsbefugnis betrachtet werden müssen.

Im vorliegenden Fall ergibt sich nicht aus der der Gesetzgebungsabteilung übermittelten Akte, dass das Gutachten eines Organs, dessen Zusammensetzung den Anforderungen des Gesetzes vom 16. Juli 1973 entspricht, über den untersuchten Vorentwurf eingeholt worden ist.

UNTERSUCHUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

5.1. In Artikel 6 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens wird bestimmt, dass dieses Abkommen an dem Datum, an dem das letzte Billigungsdekret den Parlamenten der betreffenden Gemeinschaften vorgelegt worden ist, in Kraft tritt.

Das Inkrafttreten eines Zusammenarbeitsabkommens erfordert, dass alle Parteien des Abkommens es zuvor gebilligt haben, dass die Billigungsakten im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht worden sind und dass sie in Kraft getreten sind[10].

In Artikel 6 des Zusammenarbeitsabkommens schreibe man somit, dass das Abkommen am zehnten Tag nach der Veröffentlichung des letzten der beiden Billigungsdekrete im Belgischen Staatsblatt in Kraft tritt.

5.2. Wie oben betont wurde, verweisen die Artikel 1 bis 3 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens auf die Regeln in dem noch nicht in Kraft getretenen Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚über die Koordinierung von Frequenzen im Rundfunkbereich im 87,5-108 MHz-Band gemäß Artikel 17 des Gesetzes vom 13. Juni 2005 über die elektronische Kommunikation‘. Dieses Zusammenarbeitsabkommen wird auch in der Präambel des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens erwähnt.

[10] Siehe in diesem Sinne das Gutachten des Staatsrates 64.089/VR vom 26. September 2018 über einen Vorentwurf eines Dekretes ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van … tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Franse Gemeenschapscommissie, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de mobiliteitshulpmiddelen‘, Punkt 12, und das Gutachten des Staatsrates 64.095/VR vom 25. September 2018 über einen Vorentwurf einer Ordonnanz ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van [Datum] tussen het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie betreffende de aanstelling van een gemeenschappelijke dienstenintegrator voor de elektronische uitwisseling van gegevens‘, Punkt 6.2.

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡

Es ist ratsam, das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen nicht in Kraft treten zu lassen, solange das Zusammenarbeitsabkommen, auf das hingewiesen wird, nicht in Kraft getreten ist.

UNTERSUCHUNG DES VORENTWURFS EINES BILLIGUNGSDEKRETS

6. Der Titel und der einzige Artikel des Vorentwurfs des Billigungsdekrets sind um das Datum des gebilligten Zusammenarbeitsabkommens zu ergänzen.

DER GREFFIER DER PRÄSIDENT

Annemie GOOSSENS Jo BAERT

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von RONNY VERCRUYSSEN, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY

‡LW-CBBTKEDCF-GEHGCUQ‡